

Infoveranstaltung:
Die Zukunft der Lambs-
heimer Hauptschule
12. Februar 2008 – 20 Uhr

Grüner Igel



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN OV Lambsheim

Nr. 21 – Januar 2008

Integrieren – nicht ausgrenzen Gemeinderat einstimmig für Bau des Masurenhofs

Es gab im letzten Jahr in Lambsheim viele Meinungsverschiedenheiten bei wichtigen politischen Entscheidungen und ob und wie die BürgerInnen dabei einbezogen werden sollen (siehe Bürgerentscheid Altenheim). Ganz im Gegensatz zu den sonst sehr kontrovers geführten Auseinandersetzungen hat sich aus Sicht der Grünen die Entscheidung zum geplanten Bau eines Wohnheims für psychisch kranke und behinderte Menschen im Wohngebiet Eulerweg dargestellt. Der Betreiber der zukünftigen Einrichtung, der Masurenhof in Tiefenthal, ist in einem sehr frühen Stadium der Planungen offen auf die Anwohner und den Gemeinderat zugegangen, hat über seine Konzeption informiert und die Anregungen und Wünsche der Anwohner aufgegriffen. So wurde der Baukörper an das Wohnumfeld angepasst und wird durch die Bebauung eines zweiten Grundstücks das ursprüngliche Konzept eines Standorts aufgegeben. Durch das Angebot eine bereits bestehende Einrichtung des Trägers zu besichtigen, konnte man sich ein gutes Bild über das Leben der Bewohner in solch einem Wohnheim machen, erfuhr einiges über die typischen Krankheitsbilder bei psychischen Behinderungen und wie versucht wird, sie wieder in ein normales Alltagsleben zu integrieren. So ist bei den vorherrschenden depressiven Erkrankungen vor allem der Rückzug des Erkrankten das Hauptproblem, meidet er weitgehend den Außenkontakt und soll eine wohnortnahe und in das Alltagsleben integrierte Wohnform dem abhelfen.

Soweit lief aus unserer Sicht beim bisherigen Planungsprozess alles vorbildlich. Nicht wirklich ausgeräumt wurden aber die tatsächlichen (oder vielleicht

auch vorgeschobenen) Einwendungen, die gegen den Bau des Wohnheims durch einige wenige Anwohner schriftlich und dann auch mündlich im Rahmen einer Einwohnerversammlung vorgebracht wurden. Standen zu Beginn vor allem formale baurechtliche Fragen im Vordergrund, wurden im Verlauf des Abends dann doch mehr und mehr die Ängste und Vorbehal-



Geplanter Standort des Masurenhofes im Baugebiet Eulerweg

te gegen die zukünftigen Bewohner genannt. Von möglichen Belästigungen, Übergriffen und Gefahren für Kinder bis hin zum Wertverlust bei Häusern und Grundstücken wurde gewarnt. Rational scheint diesen Bedenken schwer beizukommen zu sein, trotz aller Erläuterungen und Berichten über Erfahrungen, die von Seiten des Trägers gegeben wurden. Dass jeder Mensch ein Risikofaktor sein kann, zeigen die vielen Fälle von familiärer Gewalt. Niemand käme aber auf die Idee, das Leitbild Familie in Frage zu stellen, obwohl dort die meisten Übergriffe geschehen.

Inhalt:

Integrieren – nicht ausgrenzen	1
Eisenbarths ImmobilienService	2
Erstes Bürgerbegehren in Lambsheim – ein Erfolg?	2

Diskussionsthema: Schulstandort Lambsheim in Gefahr?	3
Alle Jahre wieder	3
Erfreulich – Gemeinde investiert in erneuerbare Energien	4

Eisenbarths ImmobilienService

Haus der Vereine in Lambsheim

Zweifelhafte Öffentlichkeitsarbeit der CDU

Es ist zweifelsohne legitim und gehört durchaus zum politischen Geschäft einer jeden Partei, die eigenen politischen Erfolge hervorzuheben. Ein Musterbeispiel politischer aber auch populistischer Öffentlichkeitsarbeit lieferte kürzlich die CDU-Fraktion. Wie im Artikel der Rheinpfalz (30. November) über den Bericht der Ratssitzung vom 28.11. zu lesen war, beantragten die Christdemokraten Ende Oktober die Einrichtung eines „Hauses der Vereine“ im Gebäude der Neutorschule. Grundsätzlich natürlich eine gute Sache, die von allen Fraktionen unterstützt wurde. Die Idee zu diesem „Haus der Vereine“ im Gebäude der Neutorschule wurde allerdings nicht, wie es nach außen hin den Anschein hatte, in CDU-Fraktionskreisen geboren, sondern von der Verwaltung bereits im Ausschuss Mitte Oktober vorgestellt und dort auch erstmals von den Ausschussmitgliedern beraten. Der Antrag der CDU war demnach von der Sache her also völlig überflüssig. Doch Populismus hin oder her, was zählt, ist die Sache selbst.

Grundsatzbeschluss: Haus der Vereine

In der Gemeinderatssitzung Ende November einigten sich die Fraktionen auf den Grundsatzbeschluss, dass die Neutorschule, die momentan fast leer steht und laut Bürgermeister Eisenbarth nicht oder nur schwer zu vermieten ist, als *Haus der Vereine* genutzt wird. Der Verwaltungschef ist nun beauftragt, mit den Lambsheimer Vereinen über anfallende Verbrauchs- und Betriebskosten zu verhandeln. Klar ist: zum Nulltarif können die Vereine nicht mit einer Anmietung der Räume rechnen.

Kostenermittlung als Verhandlungsgrundlage dringend notwendig

Wir von Bündnis 90/ Die Grünen sind grundsätzlich für jedwede Förderung des gemeindlichen Vereinslebens und stehen somit auch einer solchen Einrichtung sehr aufgeschlossen gegenüber. Bei der Beschlussfassung enthielten wir uns dennoch der Stimme, da für

uns der Beschlussvorschlag zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr als ein „Blindflug“ ist. Als Verhandlungsgrundlage für die Vereine muss der Bürgermeister Zahlen auf den Tisch legen; kaum ein Verein wird über eine Beteiligung an Verbrauchs- und Betriebskosten reden ohne den finanziellen Umfang der Vereinsbeteiligung vorher halbwegs einschätzen zu können. Unserer Meinung nach lassen sich aufgrund der angefallenen Ausgaben während des Schulbetriebs die sich abzeichnenden Kosten für den Erhaltungsaufwand durchaus grob ermitteln. Über die Nutzung gemeindeeigener Gebäude sollte nicht zum jetzigen Zeitpunkt beraten werden. Der Diskussion über das Gebäudenutzungskonzept fehlt bisher noch jede Grundlage. Die Beratungen sollten vielmehr im Rahmen des noch anstehenden Haushalts stattfinden. Spätestens dann ist die Gemeinde in der Pflicht, Konkretes über Umfang der anstehenden Sanierung bzw. den Erhaltungsaufwand zu sagen und mit Zahlen aufzuwarten.

Ganzheitliches Konzept für Lambsheim notwendig

Der „Bauchladen“ mit „Eisenbarths Immobilien“, den die Schlossnarren beim letzt jährigen Neujahrsempfang auf humoristische und doch treffende Weise anpriesen, führte der Lambsheimer Bevölkerung deutlich vor Augen, dass es eine Reihe von gemeindeeigenen, teilweise leer stehenden Gebäuden gibt, über deren Nutzung es nachzudenken gilt. Nicht zuletzt aus diesem Grund gaben Anfang November die Ratsmitglieder ein Struktur- und Entwicklungskonzept für Lambsheim in Auftrag. Wenn auch eine Reihe der angedachten bzw. geplanten Projekte derzeit aufgrund der immer noch angespannten finanziellen Situation vermutlich nicht realisiert werden können, so ist es doch wichtig, auf lange Sicht die Gesamtgestaltung des Ortes im Blick zu behalten. Was das weitere Schicksal der Neutorschule angeht, darf ein ganzheitliches Gebäudekonzept für alle Gebäude Lambsheims dabei nicht außer Acht gelassen werden.

Erstes Bürgerbegehren in Lambsheim – ein Erfolg?

In Lambsheim fand im Sommer ein höchst seltenes Ereignis statt: Ein Bürgerbegehren wurde in die Wege geleitet! „Normale“ Bürger wagten es, gegen einen Beschluss des Gemeinderates vorzugehen. Was war geschehen?

Am 4. Juli 2007 hatte der Gemeinderat einen Beschluss folgenden Inhalts gefasst:

Die Gemeinde schafft Voraussetzungen zur Errichtung eines Senioren- und Pflegezentrums auf dem nördlichen Teil des ehemaligen Freibadgeländes (ca. 6.000 m²) und beauftragt die Verwaltung, zusammen

mit einem Investor und Betreiber die erforderlichen Konzepte hierfür zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen

Einige engagierte Bürger wollten diesen Beschluss so nicht akzeptieren. Wir von Bündnis 90 – Die Grünen – Offene Liste Lambsheim waren ebenfalls gegen diese Entscheidung. Ein Alten- und Pflegeheim darf nicht an einem entlegenen Ortsrand von Lambsheim errichtet werden. Hierdurch werden die Pflegebedürftigen aus ihrer gewohnten Umgebung, ihren sozialen Kontakten, dem Gemeindeleben und der Infrastruktur

abgeschnitten. Das Freibadgelände ist eines der wertvollsten Güter in Lamsheim. Dieses schöne Gelände sollte in seiner Gesamtheit allen Lamsheimer Bürgern zur Verfügung stehen. Über so wichtige Entscheidungen sollen außerdem alle Bürger/innen mitbestimmen können.

Deshalb fand das Bürgerbegehren von Anfang an unsere vollste Unterstützung.

In Lamsheim waren 712 Unterschriften erforderlich, damit es zu einer Abstimmung über den Gemeinderatsbeschluss kommen konnte. Das Echo in der Bevölkerung Lamsheims war enorm! Tatsächlich wurden durch die ehrenamtlichen Helfer 1161 gültige Unterschriften gesammelt! Dies entspricht einer Zustimmung von ungefähr 25% aller Wahlberechtigten. Die Gemeinde hat zunächst wegen einer fehlerhaften Auswertung nur 834 Stimmen für zulässig erklärt, musste ihr Ergebnis aber korrigieren.

Diskussionsthema: Schulstandort Lamsheim in Gefahr?

Welche Folgen hat die geplante Abschaffung der Hauptschule für Lamsheim?

Im Oktober vergangenen Jahres stellte die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Ahnen ihr Strukturreformkonzept vor. Eines der Hauptkernpunkte dieses Konzeptes ist dabei die schrittweise Abschaffung der Hauptschule bis zum Jahr 2013 und die Umformung dieser im Land derzeit 182 Mal vertretenen Schulform in die so genannte „Realschule Plus“ oder in Regionalschulen. Selbst bei der politischen Opposition erntete die Ministerin zumindest verhaltenes Lob und Zustimmung; auch Schulverbände sehen in den Plänen der Landespolitikerin „diskussionswürdige Ansätze“ (Die Rheinpfalz, 2.1.2008). Doch gibt es auch eine Reihe von Kritikern, denen die Ansätze der Ministerin Ahnen nicht weit genug gehen. So ist zu erwarten, dass die Schuldebatte in diesem Jahr intensiv geführt werden wird. Bleibt abzuwarten, welche Folgen und Auswirkungen die Reformvorschläge für Lamsheim haben. Grund genug für die Lamsheimer Grünen, sich mit Bildungsexperten dieser Frage zu widmen. Am Dienstag, den 12. Februar werden Horst Pfeiffer (Bildungsexperte in Sachen Haupt-

Bevor es jedoch zur Abstimmung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens kam, hat der Gemeinderat selbst den umstrittenen Beschluss aufgehoben. Zwischenzeitlich hatte sich nämlich eine ortsansässige Firma entschlossen, im Baugebiet Feldchen ein Alten- und Pflegeheim zu errichten. Der Standort auf dem Freibadgelände war daher nicht mehr interessant. Damit hatte sich formal auch das Bürgerbegehren erledigt, denn das erstrebte Ziel war erreicht worden.

Wir freuen uns, dass das Schwimmbadgelände den Lamsheimern noch erhalten geblieben ist. Trotzdem oder gerade deshalb dürfen wir jetzt nicht die Hände in den Schoß legen. Die lokale Agenda hat schon mehrfach Ideen zur Nutzung des Freibadgeländes vorgestellt. Diese Projekte gilt es jetzt zu unterstützen und umzusetzen.

schule der GEW – Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) und Nils Wiechmann (bildungspolitischer Sprecher der Landesgrünen) in einer Informations- und Diskussionsveranstaltung dazu Stellung beziehen. Alle Interessierten sind herzlich zu diesem Informationsabend eingeladen.



Westansicht der Karl-Wendel-Schule – Mensa und Sporthalle

Alle Jahre wieder ...

... kommt das Christuskind. Und all zu oft zeitnah danach die nächste Strompreistrunde, möchte man ergänzen. Auch diesmal erhöhten die örtlichen Gemeindewerke wie viele andere Versorger bundesweit zum Jahresbeginn ihre Tarife für die Stromversorgung. Im Sondertarif „GWL-Privat“ für Haushaltskunden – für den größten Teil der Bürger von Interesse – stiegen die Preise um 2,11%. Die Tatsache, dass die Anhebung in diesem Teilbereich noch vergleichsweise moderat ausfällt, hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu bewogen, sich bei der Abstimmung

im Gemeinderat diesmal „nur“ zu enthalten. Bei der letzten Preistrunde, als man sich noch einen „ordentlichen Schluck aus der Pulle“ genehmigen wollte, hatten wir noch dagegen gestimmt.

Letztlich wurden die beantragten Tarifierhöhungen vom genehmigenden Mainzer Wirtschaftsministerium damals teilweise stark zusammengekürzt, was unsere ablehnende Haltung im Nachhinein bestärkte.

Auch wir müssen diesmal konstatieren, dass die Handelspreise für Grundlaststrom an der Leipziger Strombörse in den letzten 12 Monaten zum Teil deut-

lich angezogen haben und damit der Einkaufspreis für das eigene E-Werk. Was allerdings auch weiterhin von uns zu kritisieren ist, sind insbesondere zwei Punkte: Zum einen, wie eine solche Erhöhung in der Öffentlichkeit begründet wird. Immer ist in den Tarifveröffentlichungen im Amtsblatt von einer "erhöhten Mehrbelastung aus dem Gesetz über den Vorrang Erneuerbarer Energie (EEG)" und "dem Gesetz für ... Modernisierung und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)" die Rede. Eine Behauptung, die auch durch stetes Wiederholen nicht wahrer wird. Der eigentliche Hauptgrund - gestiegene Beschaffungskosten - wird bestenfalls im Nachsatz erwähnt. Die hohen Preise auf dem deutschen Markt sind vor allem mangelndem Wettbewerb in der Strombranche geschuldet. Einem Markt, der in der direkten Endkundenvermarktung - nimmt man die "Minderheitsbeteiligungen" an diversen Stadtwerken und Regionalversorgern dazu - zu mehr als 80% von den vier großen Energieversorgern RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall direkt und indirekt beeinflusst wird. Dass sogar das Bundeskartellamt keinen wirklich vorhandenen Wettbewerb reklamiert, wird allerdings von den Lamsheimer Verantwortlichen ebenso dezent aus ihrer „Wirklichkeit“ ausgeblendet wie z.B. die Tatsache, dass die Bundesregierung im vergangenen Jahr die Mehrwertsteuer um 3 Prozent erhöht hat.

Der zweite von uns zu kritisierende Punkt ist, wie eine solche Tarifierpassung „beraten“ und verfahrenstechnisch durchgezogen wird. Zusammen mit etwa 30 weiteren Gemeinden gehören die Lamsheimer Gemeindewerke einer Einkaufsgemeinschaft von ‚selbstständigen‘ „A-Gemeinden“ an, die von der Manus GmbH aus Landstuhl beraten und betreut wird, einer Tochtergesellschaft der Pfalzwerke AG. An letzterer wiederum der Energieriese RWE eine Beteiligung von 26,7% hält. Auch wenn sie sich selbst als Dienstleistungsunternehmen sieht, ist die Manus GmbH somit nichts anderes als ein Teil der etablierten, durch monopolartige Strukturen geprägten deutschen Energiewirtschaft. Einmal im Jahr – meist im November, wenn mögliche Tarifierpassungen zum Jahresbeginn anstehen – präsentiert der Geschäftsführer der die Werke betreuenden Manus im Werksausschuss seine Sicht der Dinge, was Entwicklung von Strommärkten und Kosten betrifft und welche Tarifierpassungen deswegen notwendig seien. Der Vortrag ist stets davon geprägt, das vorab keine Unterlagen verfügbar sind. Da die Materie an sich schon nicht einfach und der Vortrag zudem noch „garniert“ ist mit einigen nicht ganz unkomplizierten Schaubildern und massig Abkürzungen, unterbindet dies wirksam zum einen eine dringend notwendige Vorbereitung und dadurch natürlich auch eine zielgerichtete Nachfrage und kritische Diskussion, die offenbar nicht gewünscht ist. „Demokratie ist Diskussion“, so ein Zitat von Tomáš Garrigue Masaryk, aber hier findet sie (zum Vorteil einer einzelnen

dem Ausschuss vorgetragenen Lobbymeinung der etablierten Energiewirtschaft) erst gar nicht mehr statt. Bis zum Sommer 2007 konnte man noch hoffen, dass im Zweifelsfall das die Preise genehmigende Wirtschaftsministerium in Mainz allzu grobe Auswüchse korrigiert, aber mit der Liberalisierung der Märkte ist diese Genehmigungspflicht durch das Ministerium seit Juli 2007 passé. Umso mehr wächst die Verantwortung von Werksausschuss und beschließendem Gemeinderat, eine angemessen maßvolle Preispolitik zu betreiben. Es wird höchste Zeit, dieser Verantwortung auch in der kommunalen Praxis verstärkt gerecht zu werden. Dass es auch anders geht, zeigen Gemeinden ähnlicher Größe in Baden-Württemberg, die sich mit zwei oder drei weiteren Gemeinden gemeinsam einen eigenen, unabhängigen Energieberater leisten. Jemanden, der diesen Titel auch wirklich verdient und der die Gemeinde, aber auch die Bürger, berät und weder sich selbst noch die Gemeinde als unmündiges Anhängsel der monopolstrukturierten etablierten Energiewirtschaft versteht.

**Einladung zur Informations- und Diskussionsveranstaltung
zum Thema**

„Die Zukunft der Lamsheimer Hauptschule“

Referenten:

Jörg Pfeiffer
(Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft)

Nils Wiechmann
(Bildungspolitischer Sprecher der Landesgrünen)

Termin: 12. Februar 2008
20 Uhr

Ort: Gaststätte des TV 1864/04 Nebenzimmer

Erfreulich

Gemeinde investiert in Erneuerbare Energien

Auf unsere Initiative hin stellt die Gemeinde Lamsheim 80.000 € in ihren Investitionsplan für 2008 zur „Förderung von Erneuerbaren Energien“ ein. Entsprechende Vorschläge zur sinnvollen Verwendung dieses Betrages sind nun zu machen. Unser weiterer Antrag für den Gemeinderat dazu lautet: „Die Gemeindeverwaltung möge das Institut für angewandtes Stoffmanagement (IfaS) in Birkenfeld mit der Initialberatung „Stoffmanagement in Kommunen“ beauftragen.“

Im Hinblick auf eine langfristig ausgelegte Strategie zur Verwendung erneuerbarer Energien halten wir eine solche Initialberatung, die u.U. vom zuständigen Mainzer Ministerium bezuschusst wird, für grundlegend. Schließlich ist es wichtig, diese finanziellen Mittel so effizient wie möglich einzusetzen und unter Einbindung bereits vorhandener Potenziale sinnvoll weiterzuentwickeln.